



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ

Paris, 5. Oktober 2006

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vizepräsident und ich heißen Sie zu dieser Pressekonferenz hier in Paris herzlich willkommen. Ich möchte mich vor allem bei Präsident Noyer für seine Gastfreundschaft bedanken und auch den Mitarbeitern der Banque der France unseren besonderen Dank für die hervorragende Organisation der Sitzung des EZB-Rats aussprechen.

Ich möchte Sie nun über die Ergebnisse unserer Sitzung informieren, an der auch der Präsident der Eurogruppe, Premierminister Juncker, und Kommissar Almunia teilgenommen haben.

Auf der heutigen Sitzung haben wir beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** um 25 Basispunkte anzuheben. Dieser Beschluss spiegelt die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht wider, die im Rahmen unserer wirtschaftlichen und monetären Analyse festzustellen waren. Der heutige Beschluss wird dazu beitragen sicherzustellen, dass die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen im Euro-Währungsgebiet fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit Preisstabilität im Einklang steht. Diese Verankerung ist eine Voraussetzung dafür, dass die Geldpolitik auch weiterhin ihren Beitrag zur Unterstützung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Euro-Währungsgebiet leisten kann. Auch nach der heutigen Erhöhung sind die Leitzinsen nach wie vor auf einem niedrigen Niveau, ist das Geldmengen- und Kreditwachstum kräftig und die Liquiditätsausstattung im Euroraum nach Maßgabe aller relevanten Messgrößen reichlich. Unsere Geldpolitik bleibt daher akkommodierend. Wenn sich unsere Annahmen und unser Basisszenario bestätigen, wird es nach wie vor geboten sein, die akkommodierende geldpolitischen Ausrichtung weiter zurückzunehmen. Der EZB-Rat wird daher auch künftig alle Entwicklungen sehr genau verfolgen, um Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht zu gewährleisten.

Was zunächst die **wirtschaftliche Analyse** betrifft, so hat sich bestätigt, dass die Wachstumsrate des realen BIP im Euro-Währungsgebiet im zweiten Quartal 2006 gegenüber dem Vorquartal 0,9 % betrug. Ferner hat Eurostat seit unserer letzten Sitzung am 31. August die Daten für das Wachstum in den beiden vorangegangenen Quartalen nach oben revidiert, was bestätigt, dass in den letzten Quartalen eine signifikante Beschleunigung der wirtschaftlichen Expansion stattgefunden hat. Auf der Grundlage der revidierten Daten hat die Wirtschaftstätigkeit in den letzten vier Quartalen durchschnittlich mit einer Quartalsrate von 0,7 % zugenommen, die Arbeitslosenquote wies einen Abwärtstrend auf, das Beschäftigungswachstum hat sich erholt, und die Beschäftigungserwartungen insgesamt sind günstig geblieben. Alles in allem scheint die wirtschaftliche Erholung jetzt etwas stärker zu sein als auf der Basis früherer Daten. Sie hat an Breite gewonnen und wird hauptsächlich von der Binnennachfrage gestützt. Die verfügbaren Informationen zur konjunkturellen Entwicklung im dritten Quartal – die aus verschiedenen Stimmungsumfragen und indikatorbasierten Schätzungen stammen – stützen weiterhin die Einschätzung, dass die Wirtschaftstätigkeit kräftig wachsen wird, allerdings möglicherweise in etwas moderaterem Tempo.

Was den weiteren Verlauf des Jahres 2006 und das Jahr 2007 angeht, so sind für die Wirtschaft des Euroraums die Voraussetzungen für ein solides Wachstum mit in etwa dem Potenzialwachstum entsprechenden Raten nach wie vor gegeben, wobei sich gegen Ende des Jahres 2006 eine gewisse Volatilität der vierteljährlichen Wachstumsraten herausbilden dürfte. Die globale Wirtschaftstätigkeit zeigt im Hinblick auf die Regionen inzwischen eine stärkere Ausgewogenheit und ist unverändert robust, was die Exporte des Eurogebiets auch weiterhin stützt. Die Investitionsausgaben dürften dank einer längeren Phase sehr günstiger Finanzierungsbedingungen, Bilanzrestrukturierungen, akkumulierter und anhaltend kräftiger Erträge sowie Effizienzsteigerungen auf Unternehmensebene hoch bleiben. Auch das Wachstum der Konsumausgaben im Euroraum dürfte sich im Zeitverlauf im Einklang mit der Entwicklung des real verfügbaren Einkommens weiter verstärken, sofern sich die Beschäftigungsbedingungen weiter verbessern.

Die Risiken für die Konjunkturaussichten halten sich auf kürzere Sicht weitgehend die Waage, wenngleich der jüngste Rückgang der Erdölpreise – sollte er sich als dauerhaft erweisen – zu einem etwas kräftigeren Wachstum der Nachfrage und der Produktion führen könnte, als dies in unserem Basisszenario hinsichtlich der Wirtschaftstätigkeit in den kommenden Quartalen angenommen wurde. Auf längere Sicht ist das Wachstum insgesamt Abwärtsrisiken ausgesetzt; diese bestehen vornehmlich in der Möglichkeit eines erneuten Anstiegs der Erdölpreise, der Angst vor einem verstärkten Protektionismus, insbesondere nach der Aussetzung der Handelsgespräche der Doha-Runde, und in möglichen Fehlentwicklungen aufgrund weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte.

Was die Preisentwicklung angeht, so ging die am HVPI gemessene jährliche Teuerung der Vorausschätzung von Eurostat zufolge von 2,3 % im August 2006 auf 1,8 % im September zurück.

Obwohl noch keine detaillierte Aufgliederung der HVPI-Komponenten vorliegt, dürfte dieser relativ starke Rückgang insgesamt auf günstige Basiseffekte zurückzuführen zu sein, insbesondere auf die jüngste deutliche Verringerung der Ölpreise nach dem kräftigen Anstieg im Vorjahr. Die zukünftige Entwicklung der Energiepreise ist zwar mit Unsicherheiten behaftet, auf der Grundlage der derzeitigen Energiepreise und der höheren Notierungen an den Terminmärkten aber dürften die Gesamtinflationen gegen Ende des Jahres und Anfang 2007 wieder ansteigen. Infolgedessen erwarten wir eine verhältnismäßig stark ausfallende kurzfristige Volatilität der jährlichen HVPI-Inflationsrate, während die Gesamtinflation auf einem erhöhten Niveau von durchschnittlich über 2 % im Jahr 2006 und voraussichtlich auch 2007 bleiben wird.

Zudem bleiben die Aussichten für die Preisentwicklung mit deutlichen Aufwärtsrisiken behaftet. Hierzu zählen weiterhin ein stärker als derzeit erwartetes Durchschlagen vergangener Ölpreissteigerungen auf die Verbraucherpreise und zusätzliche Erhöhungen der administrierten Preise und indirekten Steuern, die über die bisher angekündigten hinausgehen. Darüber hinaus können erneut steigende Ölpreise nicht ausgeschlossen werden. Von grundsätzlicherer Bedeutung ist, dass angesichts der in den vergangenen Quartalen günstigen Dynamik des realen BIP-Wachstums und der positiven Signale von den Arbeitsmärkten ein stärker als gegenwärtig angenommener Anstieg der Löhne ein deutliches Aufwärtsrisiko für die Preisstabilität darstellt. Vor diesem Hintergrund ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Sozialpartner, insbesondere in einem wirtschafts- und beschäftigungsfreundlicheren Umfeld, ihrer Verantwortung weiterhin gerecht werden.

Die **monetäre Analyse** deutet weiterhin auf Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht hin. Das jährliche M3-Wachstum beschleunigte sich im August erneut auf 8,2 %, und ganz allgemein bleibt das Geldmengen- und Kreditwachstum angesichts des noch immer niedrigen Zinsniveaus im Euroraum hoch. So verzeichnet insbesondere die Kreditvergabe an den privaten Sektor gegenüber dem Vorjahr weiterhin zweistellige Wachstumsraten. Dieser dynamische Anstieg bleibt bei den privaten Haushalten und bei den Unternehmen breit angelegt. Aus einer angemessenen mittelfristigen Perspektive betrachtet stehen diese Entwicklungen nach wie vor mit dem seit Mitte 2004 im Rahmen der monetären Analyse der EZB identifizierten nachhaltigen Aufwärtstrend der zugrunde liegenden Rate der monetären Expansion im Einklang. Darüber hinaus ist nach mehreren Jahren robusten Geldmengenwachstums im Euro-Währungsgebiet nach Maßgabe aller relevanten Messgrößen reichlich Liquidität vorhanden. Ein unverändert kräftiges Geldmengen- und Kreditwachstum bei nach wie vor großzügiger Liquiditätsausstattung infolge der in den letzten Jahren anhaltend hohen Rate der monetären Expansion deuten auf Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht hin. Die monetäre Entwicklung muss daher – insbesondere angesichts der verbesserten wirtschaftlichen Bedingungen und der kräftigen Dynamik an den Immobilienmärkten in vielen Teilen des Euroraums – sorgfältig beobachtet werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass für 2006 und 2007 weiterhin erhöhte jährliche Inflationsraten projiziert werden, wobei diese Aussichten nach wie vor mit deutlichen Aufwärtsrisiken behaftet sind. In Anbetracht des anhaltend dynamischen Geldmengen- und Kreditwachstums bei einer bereits reichlichen Liquiditätsausstattung bestätigt eine **Gegenprüfung** der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Ergebnisse der monetären Analyse die Einschätzung, dass die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht überwiegen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Inflationserwartungen fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit Preisstabilität vereinbar ist. Wenn sich unsere Annahmen und unser Basisszenario bestätigen, bleibt eine weitere Rücknahme der akkommodierenden geldpolitischen Ausrichtung geboten. Daher wird der EZB-Rat auch weiterhin alle Entwicklungen sehr genau verfolgen, um Preisstabilität auf mittlere und längere Sicht zu gewährleisten.

Was die **Finanzpolitik** betrifft, so schließen die Euro-Länder gerade ihre Haushaltspläne für das Jahr 2007 ab und bereiten die nächste Aktualisierung ihrer Stabilitätsprogramme vor. Vor dem Hintergrund des zurzeit günstigen wirtschaftlichen Umfelds müssen die nötigen Schritte zur Erreichung solider öffentlicher Finanzen eingeleitet werden. Das heißt auch, dass die Haushaltsziele für 2007 grundsätzlich ehrgeiziger sein sollten als in den vorherigen Programmen. Länder mit einem übermäßigen Defizit müssen weiterhin ganz dem Ziel verpflichtet bleiben, ihre Defizite mittels einer hinreichenden und glaubwürdigen strukturellen Konsolidierung innerhalb der vereinbarten Frist unter 3 % zu senken. Die anderen Länder sind aufgefordert, im Einklang mit den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts sichtbare Anstrengungen zur Erreichung ihrer mittelfristigen Ziele zu unternehmen. In jedem Fall sollten unerwartete Mehreinnahmen, die sich aufgrund des überraschend kräftigen Wachstums ergeben, dazu verwendet werden, die Defizite schneller zurückzuführen bzw. die Überschüsse zu erhöhen. Eine prozyklische Finanzpolitik ist zu vermeiden. Auch angesichts der - verglichen mit vielen anderen Industrienationen - hohen Ausgabenquoten und Steuern ist Ausgabenzurückhaltung besonders vonnöten. Erfahrungsgemäß spielen Ausgabenreformen eine Schlüsselrolle bei einer erfolgreichen Konsolidierung, die wiederum zwingend erforderlich ist, um die öffentliche Verschuldung zu verringern und die Staatsfinanzen gegen die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung zu wappnen.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dürfte dann den größten Erfolg haben, wenn sie mit umfassenden **Strukturenreformen** einhergeht. Diese sind dringend erforderlich, um die ungünstigen wirtschaftlichen Effekte der erwarteten demographischen Veränderung abzufedern. Der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird weiteren Druck auf die Alterssicherungs- und Gesundheitsfürsorgesysteme ausüben und kann weitreichende wirtschaftliche Folgen haben. Um das Potenzialwachstum im Euro-Währungsgebiet zu stützen, die gesamtwirtschaftliche Flexibilität und Dynamik zu fördern und den künftigen Lebensstandard unserer Bürger zu sichern, sind Reformen der

Arbeits- und Gütermärkte dringend notwendig. Hierdurch wird sich die Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung erhöhen, und es werden Innovationen und andere Kräfte gefördert, die die Produktivität und das Wirtschaftswachstum vorantreiben. Die EZB wird ihren Beitrag hierzu leisten, indem sie auch künftig die Preisstabilität auf mittlere Sicht gewährleistet.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.int
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.